

Editorial

Die Schweiz erhöht den Abwehrzaun

Die Stimmung hat gekehrt. In Deutschland, Österreich und auch in der Schweiz kommt es zu Solidaritätsbekundungen für die Flüchtlinge aus Syrien. Die Betroffenheit ist gross, auch unter den Politikern. Zumindest offiziell. So gab sich Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga vor zehn Tagen im Schweizer Fernsehen schockiert über die Todesfälle auf den Fluchtrouten und sprach davon, dass man die Menschen direkt einreisen lassen soll, damit sie sich «nicht den Schmugglern ausliefern müssen».

Direkt einreisen, das bedeutet, dass Flüchtlinge künftig mit dem Flugzeug nach Deutschland, Schweden oder eben in die Schweiz einreisen könnten. Das wäre der sichere Weg, und statt 4000 Franken für die Schlepper auszugeben, würden 400 Franken für das Flugticket genügen. Es gäbe keine ertrunkenen Kinder an den Stränden des Mittelmeers, keine Ersticken am Strassenrand in Österreich und auch keine entwürdigenden Fussmärsche entlang der Autobahnen in Ungarn.

Doch was passiert tatsächlich? Das Gegenteil. Genau jetzt, wo sich alle solidarisch zeigen, verschärft die Schweiz ihre Abwehrmassnahmen. Unter dem Titel «Griffigere Sanktionen bei ungenügenden Kontrollen durch Fluggesellschaften»

«Alle haben Angst, dass plötzlich 7 Millionen Vertriebene kommen»

erliess der Bundesrat am Mittwoch eine Verfügung, die dazu führen wird, dass keine Fluggesellschaft mehr jemanden transportieren wird, der auch nur ein potenzieller Flüchtling sein könnte. Einen Tag nachdem Sommaruga zusammen mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel von Menschlichkeit und Solidarität sprach, wurde eine Verfügung erlassen, die zum Zweck hat, «Luftverkehrsunternehmen dazu zu bringen, ihre Kontrollfunktion lückenlos wahrzunehmen». Das geht soweit, dass Airlines dafür haftbar gemacht werden können, wenn sie Fälschungen von Dokumenten nicht erkennen. Sie müssen mit Bussen von bis zu einer Million Franken rechnen. Eine Bestimmung, die den Banken bei den Steuerflüchtlingen nie auferlegt würde. Lückenlos erkennen, wer Steuern hinterzieht, will niemand, schon gar nicht mit solchen Bussen.

Was heisst denn das anderes, als dass wir genau wie die Ungarn unseren Abwehrzaun hochziehen, zwar nicht an der Aussengrenze des Schengenraums, eine solche haben wir nicht, sondern an den Flughäfen, dem Ort, wo die Flüchtlinge eigentlich herkommen sollten, wenn sie bei uns einreisen wollen? In dem Sinn hat Viktor Orban, der viel gescholtene Ministerpräsident Ungarns, recht, wenn er uns Heuchelei vorwirft, denn de facto machen wir nichts anderes als Zäune hochziehen. Die Flüchtlingstrecken wirklich verhindern, das will ehrlicherweise niemand, denn alle haben Angst davor, was passiert, wenn mit sicheren Reiserouten plötzlich 7 Millionen Vertriebene, die es in Syrien mittlerweile gibt, bei uns anklopfen. «Griffigere Sanktionen»: <http://soz.li/2YGz>

Arthur Rutishauser,
Chefredaktor



arthur.rutishauser@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

Leserangebot — 62
Rätsel — 65
Ferien und Reisen — 76
Marktplatz — 76
Impressum — 24

Immobilien Kauf — 97
Immobilien Miete — 99
Kino — 74
Veranstaltungen — 74
Rendez-vous — 76

Nach dem Albtraum Ungarn wartet das gelobte Land

Tausende Flüchtlinge erreichen Österreich. Von Wien fahren sie in Extrazügen im Stundentakt nach Deutschland

Bernhard Odehnal

Nickelsdorf (A) Zum ersten Mal seit Tagen kann Ranja wieder lachen. Es ist ein lautes, herzliches Lachen, in das ihre zwei kleinen Töchter einstimmen. Die Anspannung der vergangenen Tage ist wie weggeblasen. «Ungarn böse, sehr böse», sagt die kleine Syrerin aus Damaskus. Doch Ungarn liegt jetzt hinter ihr. Mit ihren Plastiktaschen steht die Familie vor dem Bahnhof der kleinen österreichischen Grenzgemeinde Nickelsdorf. Samstag früh gegen zwei Uhr waren sie in Budapest vor dem Ostbahnhof in einen Bus gestiegen, vier Stunden später und 170 Kilometer weiter westlich mussten sie wieder aussteigen.

Die Grenze durften sie nur zu Fuss passieren, aber dahinter warteten schon die österreichischen Busse, die sie zum Bahnhof brachten. Nur langsam schlägt das Misstrauen der Flüchtlinge in Zuversicht um: «Werdet ihr uns in Lager bringen?» und «Werdet ihr uns töten?», fragen sie. Aber nun warten weder Lager noch Tod auf sie, sondern Sonderzüge nach Wien, Salzburg und München. «Austria good», sagt Ranja. Obwohl sie nicht bleiben will, sondern, wie alle hier, weiter nach «Germany».

In den vergangenen Tagen spielte Ungarns Regierung ein Spiel, das Beobachter nur mehr als zynisch, eher schon sadistisch empfanden. Weil die Polizei über Wochen Flüchtlinge nicht in die Züge Richtung Westen liess, entstand vor dem Budapester Ostbahnhof ein unorganisiertes Massenlager, in dem bis zu 3000 Menschen hausten, ohne sanitäre Anlagen und ohne ordentliche Versorgung.

Als der Ostbahnhof für einen Tag aufging, stürmten Tausende die Züge nach Österreich und Deutschland, am Tag danach aber war der Bahnhof wieder zu. Zwei Tage später zog sich die Polizei urplötzlich wieder zurück, doch der erste Zug, den die Flüchtlinge stürmten, erwies sich als Falle: Die

Flüchtlinge sollten im 20 Kilometer entfernten Bicske ins Lager, weiteten sich aber 30 Stunden lang, den Zug zu verlassen. Von solchen Tricks und den Zuständen im Ostbahnhof genervt, beschlossen etwa 1000 Menschen, zu Fuss Richtung Österreich zu gehen. Mit einer EU-Fahne und Bildern der deutschen Kanzlerin Angela Merkel an der Spitze verliess der «Marsch der Hoffnung» Freitagmittag Budapest und schaffte auf dem Pannentreifen der Autobahn M1 bis zum Abend rund 25 Kilometer.

Die jungen Männer hätten wohl noch ein oder zwei Tage auf der Strasse durchgehalten, nicht aber die Frauen und vor allem nicht die Kinder. Gleichzeitig brachen immer mehr Flüchtlinge aus den völlig überfüllten Lagern in Bicske und Röske aus.

«Keine Toiletten, keine Duschen, es war ein Albtraum»

Kurz bevor die Lage völlig ausser Kontrolle geriet, zog die ungarische Regierung die Notbremse. Noch in der Nacht schickte sie Cars und städtische Busse zum Ostbahnhof und auf die Autobahn, um die Flüchtlinge aufzunehmen und an die österreichische Grenze zu bringen. In Budapest musste die Polizei die Flüchtlinge in der Nacht vor rechtsradikalen Hooligans schützen, die nach dem Fussballmatch Ungarn - Rumänien vor dem Ostbahnhof gezogen waren. Dabei setzte sie Wasserwerfer ein.

Ahmed, ein 26-jähriger Syrer sagt, er habe von Damaskus 40 Tage bis Österreich gebraucht. Die vergangenen neun Tage lag er vor dem Budapester Ostbahnhof auf dem Boden: «Keine Toiletten, keine Duschen, es war ein Albtraum.» Aus Syrien sei er geflohen, weil er nicht kämpfen wollte. Seine Frau und sein Baby will er nachholen, sobald er in Deutschland Asyl bekommen habe.

Auf der österreichischen Seite der Grenze wartet das Rote Kreuz, wartet die Polizei, warten freiwillige Helfer und warten 40 Reise-

busse auf die Flüchtlinge. Seit Tagen haben sich alle auf dieses Moment vorbereitet, dennoch werden sie jetzt überrascht. Er habe seit 24 Stunden keinen Kontakt mehr mit den ungarischen Kollegen, ärgert sich der burgenländische Polizeichef Hans Peter Doskozil: «Das ist keine Polizeikooperation mehr.» Doskozil rechnet mit 10000 Flüchtlingen, die an diesem Tag nach Österreich wollen.

Die Zahl wird am Telefon vom ungarischen Regierungssprecher Zoltan Kovacs heftig dementiert. Die Regierung habe 104 Busse losgeschickt, allerdings machten sich jetzt viele Flüchtlinge aus den Lagern aus Eigeninitiative auf den Weg, «und die können wir nicht aufhalten». Wieder einmal macht Kovacs Deutschland für die Misere verantwortlich: Deutschland habe die Flüchtlinge eingeladen.

An der Grenze sind die Flüchtlinge erschöpft und verängstigt. Sie wissen nicht, wie es weitergeht, ob sie nun registriert werden oder in ein Lager kommen. Die Österreicher haben zwar Verpflegung und medizinische Versorgung, aber viel zu wenige Dolmetscher, die Auskunft geben können. So kommt es beim Umsteigen in die österreichischen Busse zu einem lebensgefährlichem Gedränge. Erst als die Flüchtlinge verstehen, dass sie alle mitgenommen werden, entspannen sie sich. Freiwillige kommen nach Nickelsdorf, bringen neben Obst und Brot auch Kleidung.

«Wir haben 200 Paar Kinderschuhe verteilt und bräuchten noch viel mehr», sagt die Wiener Krankenflegerin Claudia Eva Kössner: «Manche Kinder sind barfuss unterwegs.» Kössner fuhr mit ihrem Kollegen Julien Tairi in der Nacht auf Samstag nach Budapest und begleitete den Fussmarsch der Hoffnung Richtung Westen. Die jungen Männer wären wohl auch noch zwei, drei Tage weitermarschiert, sagt Tairi, «ihr Wille war beeindruckend».

Viele hätten es aber auch nicht geschafft. Die Wiener Kranken-

pfleger mussten Menschen mit riesigen Blasen an den Füssen und wundgescheuerten Beinen versorgen. Von den Ungarn bekamen sie kaum Unterstützung. In einem Kiosk an der Grenze schlug ihnen sogar blanker Hass entgegen.

Ungarn hat die Grenze wieder geschlossen

In Österreich können sich die Flüchtlinge 12 Stunden auf den Bahnhöfen aufhalten und werden versorgt, polizeilich kontrolliert werden sie nicht. Erst dann müssen sie sich entscheiden, ob sie nach Deutschland wollen oder in Österreich um Asyl ansuchen. Der erste Sonderzug aus Nickelsdorf kommt am Nachmittag in München an. Später kommen Züge mit jeweils Hunderten Flüchtlingen im Stundentakt. Die Bezirksregierung Oberbayern rechnete gestern mit 7000 Flüchtlingen.

Kurz zuvor verkündet Ungarns Regierungssprecher Kovacs, dass die Grenze nun wieder zu sei. Es sollen keine weiteren Busse bereitgestellt werden. Dennoch kommen den ganzen Tag über Flüchtlinge zu Fuss über die Grenze. Fahrzeuge oder öffentliche Verkehrsmittel dürfen sie nicht benutzen. Die Regionalzüge aus der ungarischen Stadt Győr nach Österreich fahren zwar, aber die ungarische Polizei holt an der Grenze alle Flüchtlinge heraus. In Nickelsdorf planen deshalb österreichische Helfer einen Auto-Shuttledienst, aber die Strassen sind verstopft, an der Grenze geht gar nichts mehr. Am Nachmittag setzt strömender Regen ein, der den Flüchtlingen zu-setzt.

Abends meldet das ungarische staatliche Radio, dass Tausende Flüchtlinge aus dem grossen Lager Debrecen in Bussen an die Grenze gebracht werden. Aus Budapest haben sich wieder Menschen zu Fuss auf den Weg gemacht. Und aus Serbien drängen neue nach. Der Stacheldraht kann sie nicht aufhalten. Am Samstag kommen über 3000 neue Flüchtlinge.

Europa steht vor der nächsten Zerreihsprobe

Die Flüchtlingskrise stellt die EU vor grössere Probleme als das griechische Schuldendrama

Brüssel In der EU lagen die Nerven blank. «Die Lage erinnert mich an 1968», sagte Ratspräsident Donald Tusk auf dem Höhepunkt der Griechenlandkrise im Juli. «Es gibt in Europa eine weit verbreitete Unzufriedenheit, die schnell in eine revolutionäre Stimmung umschlagen kann», warnte der Pole, der die EU-Gipfel vorbereitet.

Sechs Wochen später schlägt Tusk wieder Alarm. Diesmal geht es nicht um Griechenland, sondern um die Flüchtlingskrise. Die Bewältigung der Zuwanderung aus dem Balkan und dem Nahen Osten habe «höchste Priorität», sagt Tusk nun. Die EU-Staaten müssten sich solidarisch zeigen und 100 000 Migranten aufnehmen.

100 000? Bei ihrem letzten Gipfeltreffen Ende Juni hatten die

28 Staats- und Regierungschefs gerade einmal 40 000 akzeptiert, auf freiwilliger Basis. Doch seither hat sich die Flüchtlingskrise weiter zuspitzt. Allein Deutschland rechnet in diesem Jahr mit 800 000 Hilfesuchenden. Einen solchen Ansturm hat das grösste EU-Land seit dem Ende des 2. Weltkriegs nicht mehr erlebt.

Für faire Lastenteilung müsse System neu gestaltet werden

Auch andere EU-Länder melden Rekorde. Griechenland und Italien, über die die meisten Menschen nach Europa strömen, kommen nicht mehr mit dem Zählen nach. Besonders schlimm ist die Lage in Ungarn, wo in diesem Jahr bereits mehr als 150 000 Asylträge registriert wurden. Regierungschef